

25
85

Union in Deutschland

Bonn, den 29. August 1985

Sogar das Ausland staunt:

Unsere Erfolge können sich sehen lassen

Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl hat in der Wirtschafts- und Sozialpolitik Erfolge erzielt, die im Ausland nur mit Staunen zur Kenntnis genommen werden, erklärte der Generalsekretär Heiner Geißler in einem Interview mit der „Augsburger Allgemeinen“.

Nach Geißlers Worten hat die neue Regierung das Bündnis gefestigt, die Verteidigungsbereitschaft gestärkt und der Familie wieder einen neuen Stellenwert gegeben. Weitere Erfolge sind: Plus 2 Prozent Wirtschaftswachstum heute gegenüber minus 1 Prozent 1982; 2,3 Prozent Preissteigerung gegenüber 6 Prozent 1982; die Verabschiedung eines Familienpakets vor allem für Arbeitnehmerfamilien in der Größenordnung von über 10 Milliarden Mark.

Schwerpunkte der Parteiarbeit in den kommenden Wochen und Monaten sind u. a. eine Informationskampagne über die Verwirklichung der Maßnahmen nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz zum Abbau der Arbeitslosigkeit, die konkrete Umsetzung der Essener Parteitagebeschlüsse zugunsten der Gleichberechtigung der Frau soll ebenfalls in Angriff



■ AUSSTELLUNG

Die von der Bundesgeschäftsstelle zusammengestellte mobile Plakatausstellung zum Jubiläumsjahr hat überall dort, wo sie bisher gezeigt wurde, sehr großes Interesse gefunden. Wie und wo Kreis- und Ortsverbände die Ausstellung mit seltenen Exponaten aus der Gründerzeit der Bundespartei nutzen können, darüber informieren wir auf den Seiten 13 bis 15 dieser Ausgabe.

■ DOKUMENTATION

Der außenpolitische Kurswechsel der SPD in der Opposition
grüner Teil

■ PARTEISPENDEN

Was in der Finanz- und Beitragsordnung der CDU festgelegt ist
Seite 5

Roth mußte seine verleumderischen Behauptungen zurücknehmen

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, **Wolfgang Roth**, hat die verleumderischen **Beleidigungen** im Zusammenhang mit dem österreichischen Weinskandal **gegen** Bundesgesundheitsminister Heiner **Geißler** in vollem Umfang **zurückgenommen** und sich zur Unterlassung verpflichtet.

In dem entsprechenden Schreiben des Rechtsanwalts von Wolfgang Roth an den Rechtsanwalt des Gesundheitsministers heißt es wörtlich:

„In der Angelegenheit Dr. Geißler / Roth nehmen wir Bezug auf unser Schreiben vom 26. August 1985 und teilen namens unseres Mandanten mit, daß dieser die Äußerung, Ihr Auftraggeber habe die Angelegenheit offensichtlich bewußt verschleppt, um den Konflikt um den Wein in Rheinland-Pfalz zu vertuschen, es habe ein Wechselspiel zwischen Ihrem Auftraggeber und dem Haus Pieroth gegeben und Ihr Auftraggeber sei zum Komplizen der Giftmischer geworden, nicht wiederholen und sich für den Fall einer Zuwiderhandlung gegen diese Unterlassungserklärung der von Ihnen geforderten Vertragsstrafe unterwirft.“

genommen werden. Vor allem auf kommunaler Ebene müssen Gleichstellungsstellen eingerichtet werden. Heiner Geißler: „Dort brauchen wir Frauenförderungspläne.“ Weitere Aktionen sind auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der Mitgliederwerbung vorgesehen.

Zur Arbeitsmarktlage erklärte der Generalsekretär: „Die Behauptung, daß neue Arbeitsplätze auf sich warten ließen, ist falsch. 1984 gab es über 80 000 Existenzneugründungen; dem stehen ungefähr 15 000 Konkurse entgegen. Genauso ist es mit den Arbeitsplätzen. In der Metallindustrie z. B. wurden in den vergangenen Monaten zusätzlich 100 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Daß die Arbeitslosenquote dennoch stagniert, hängt damit zusammen, daß gleichzeitig pro Jahr über 100 000 zusätzliche Arbeitskräfte auf Grund der geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen. Aber immerhin haben wir den Zuwachs der Arbeitslosenzahlen gestoppt.“

Wenn die Maßnahmen des Beschäftigungsförderungsgesetzes und der anderen beschlossenen Maßnahmen im näch-

sten Jahr von der Wirtschaft realisiert und von den Gewerkschaften nicht blockiert werden, dann können wir 1987 zum ersten Mal erreichen, daß die Zahl der Arbeitslosen rückläufig ist. Die Zahl der Kurzarbeiter ist bereits von mehr als 1 Million auf 100 000 reduziert worden. Wir können aber nicht in zweieinhalb Jahren das reparieren, was andere in 13 Jahren vorher kaputtgemacht haben.“

Auf die Frage, was die CDU tun müsse, um Bauern, Rentner, Frauen, Jugendliche und Arbeitslose zurückzugewinnen, die der Partei bei den jüngsten Wahlen davon gelaufen oder nicht zu den Urnen gegangen sind, erklärte der Generalsekretär:

● „Ich will die Wahlniederlagen überhaupt nicht verharmlosen. Die CDU muß wieder den Charakter einer Volkspartei erhalten und ausbauen. Wir sind keine Partei für ein bestimmtes Klientel oder für Cliquen, sondern für alle Schichten und gesellschaftlichen Gruppen unseres Volkes. Dies muß sich nicht nur in den politischen Entscheidungen der CDU verwirklichen, sondern muß in den Aussagen der ganzen Partei zum Ausdruck kommen.“

■ WIRTSCHAFTSPOLITIK

Wir sind auf dem richtigen Weg: Wieder mehr Arbeitsplätze

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht seit der Regierungsübernahme an erster Stelle unserer wirtschaftspolitischen Prioritätenliste. Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit ist eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Herausforderung für alle, erklärte Matthias Wissmann anlässlich der Vorlage der Dokumentation „Mehr Beschäftigung durch erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik“ in Bonn.

Die Sozialdemokraten haben bei der Bewältigung des Problems versagt. Ihre Wirtschaftspolitik war aufgrund schwerwiegender konzeptioneller Mängel unfähig damit fertig zu werden, wie der Anstieg der Arbeitslosigkeit in den 70er Jahren und insbesondere die explosionsartige Zunahme Anfang der 80er Jahre zeigen.

Die Koalition der Mitte hat den Arbeitsmarkt stabilisiert. Die Explosion der Arbeitslosenzahl im Jahre 1982 haben wir 1983 gestoppt. Seit 1984 wächst die Arbeitslosenzahl kaum noch, im Juli d. J. ist sie saisonbereinigt leicht zurückgegangen. Seit Mitte des vergangenen Jahres nimmt die Zahl der Beschäftigten sogar wieder zu. Im Investitionsgütergewerbe hat sie sich um knapp 100 000 erhöht. Die niedrigere Zunahme der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe insgesamt — hier liegt der Zuwachs bei 74 000 — erklärt sich aus der schlechten Lage der Bauwirtschaft. Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Stabilisierung dieses Wirtschaftszweiges werden jedoch bald zu greifen

beginnen, so daß wir per saldo im Verlauf des Jahres 1986 mit einer deutlichen Zunahme der Beschäftigung rechnen können. Ähnliche Erfolge wie beim Wachstum der Beschäftigung sind bei der Bewältigung der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr allerdings noch nicht zu erwarten.

Dennoch werten wir als Erfolg, daß wir

1. den rasanten Zuwachs der Arbeitslosigkeit seit 1980 stoppen konnten und daß sich dadurch

2. die Prognosen aus der Zeit der SPD-Regierung über die erwartete Arbeitslosigkeit von 1984 und 1985 als falsch herausgestellt haben.

Prognos rechnete z. B. für 1985 mit 3,4 Mio. Arbeitslosen. Tatsächlich wird die Zahl in diesem Jahr um 1 Mio. niedriger liegen.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und den Änderungen im Erwerbsverhalten, die das Arbeitskräftepotential bis weit in die 90er Jahre steigen lassen, ist dies zweifellos eine Bestätigung der richtigen Grundlinie unserer beschäftigungsfördernden Wirtschafts- und Finanzpolitik. Für arbeitsmarktpolitischen Pessimismus gibt es deshalb keinen Grund.

Das Ausmaß der Unterbeschäftigung geht trotz des wachsenden Arbeitskräftepotentials zurück. Gemessen am Rückgang der Kurzarbeit und der Zunahme der Beschäftigung wächst das Arbeitsvolumen trotz der leichten Zunahme der (saisonunbereinigten) Arbeitslosigkeit. Die Zahl der offenen Stellen liegt um mehr als 20% über dem Vorjahresstand. Der Anteil der Ar-

beitslosen, die aus einer beruflichen Tätigkeit her arbeitslos werden, nimmt ab. Dies ist ein wichtiges Zeichen für die innere Festigung des Arbeitsmarktes. Nachdem die Bundesregierung durch konsequentes Handeln den Rahmen für mehr Beschäftigung und einen allmählichen Abbau der Arbeitslosigkeit geschaffen hat, sind nun auch die Tarifpartner gefordert. Insbesondere durch die volle Nutzung der Instrumente und Regelungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes können sie zu einem raschen Abbau der Überstunden beitragen und den Arbeitsmarkt auf diesem Wege entlasten. Durch ein größeres Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen und die schnelle Umsetzung flexibler Arbeitszeitmodelle lassen sich ebenfalls spürbare Entlastungswirkungen erzielen.

Unsere Wachstums- und Stabilitätspolitik setzt auf mittelfristige Erfolge am Arbeitsmarkt, die dafür aber dauerhaft sein werden. Arbeitsplätze durch höhere Schulden und mehr Inflation zu erkaufen ist für die unionsgeführte Bundesregierung keine ernsthafte Alternative. Wir verfolgen statt dessen eine wachstumsfreundliche Wirtschaftspolitik, die über mehr Investitionen und Innovationen zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze führt. Unser Kurs der marktwirtschaftlichen Erneuerung wird die Arbeitslosigkeit auch weiterhin Schritt für Schritt verringern.

Nun geht es vor allem darum, den erfolgreich eingeleiteten Prozeß der Verbesserung der Beschäftigungssituation durch Ausschöpfen aller verfügbaren Möglichkeiten voranzutreiben. Dabei kommt es insbesondere darauf an, ein abgestimmtes Maßnahmenbündel umzusetzen, das auf den verschiedenen Ebenen des Arbeitsmarktes wirkt. Vordringlich sind in diesem Zusammenhang

■ **die möglichst breite Inanspruchnahme des Beschäftigungsförderungsgeset-**

zes, das den Abschluß befristeter Arbeitsverträge erlaubt;

■ **freiwilliger Verzicht auf Überstunden, sowohl im öffentlichen Bereich als auch in der Privatwirtschaft;**

■ **rasche Ausdehnung des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen, um der wachsenden Nachfrage in diesem Bereich des Arbeitsmarktes gerecht zu werden;**

■ **Umsetzung flexiblerer Arbeitszeitmodelle auf breiter Front, wodurch sich ebenfalls erhebliche Beschäftigungsserven mobilisieren lassen;**

■ **noch breitere Ausschöpfung der Vorruhestandsregelung, die bislang von einer Viertelmillion Arbeitnehmer in Anspruch genommen werden könnte;**

■ **Intensivierung von Maßnahmen zur Qualifikationssteigerung, um die Beschäftigungschancen unzureichend qualifizierter Arbeitnehmer zu erhöhen;**

■ **sowie schließlich die Fortsetzung der erfolgreichen Existenzgründungspolitik der Bundesregierung, die in den letzten zwei Jahren mit ca. 150 000 neu geschaffenen Arbeitsplätzen einen spürbaren Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit geleistet hat.**

Durch gemeinsames Bemühen aller Beteiligten muß es möglich sein, auf dieser Basis eine Welle von Neueinstellungen auszulösen.

Die meisten Renten stimmen

„Die meisten Renten stimmen.“ Mit dieser Feststellung hat der Sprecher des Bundesarbeitsministeriums auf Meldungen reagiert, viele Versicherte erhielten falsche und in der Regel zu niedrig berechnete Renten. Vom Verband deutscher Rentenversicherungsträger wird betont, pauschale Behauptungen, wie jede zweite Rente sei falsch, seien nicht zutreffend.

■ PARTEISPENDEN

Wer politischen Parteien eine Spende macht, engagiert sich für freiheitliche Demokratie

Zu den Veröffentlichungen des Hamburger Magazins „Der Spiegel“ über eine angeblich neue Parteispenden-affäre, nach der die Versicherungswirtschaft und deren Verbände Geldbeträge an mehr als 100 Bonner Politiker gezahlt hätten, erklärt die CDU, daß die Partei keine Spenden annahme, mit denen die Erwartung wirtschaftlicher oder politischer Vorteile verknüpft seien. Es gibt auch keinen Anlaß zu der Annahme, daß Mandats- oder Funktionsträger der CDU dagegen verstoßen haben. Die von der Bundesgeschäftsstelle herausgegebene Erklärung hat folgenden Wortlaut:

1. Die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland finanzieren sich gemäß den Vorschriften des Parteiengesetzes sowohl aus staatlichen Zuwendungen als auch aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 19. Juli 1966 ausdrücklich festgestellt, daß eine „völlige oder auch nur überwiegende Deckung des Geldbedarfs der Parteien aus öffentlichen Mitteln“ mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren ist. Deshalb ist es auch konsequenterweise ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, Spenden an politische Parteien zu bejahen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 3. Dezember 1968 festgestellt, daß der Bürger in einer Demokratie von seinem Recht auf Teilhabe an der politischen Willensbildung auch dadurch Gebrauch macht, „wenn er einer politischen Partei Geld spendet und dadurch die poli-

tischen Bestrebungen der Partei unterstützt“.

2. Wer — wie der Spiegel — gewollt oder ungewollt dazu beiträgt, das politische Engagement von Spendern und Empfängern zu diskriminieren oder zu kriminalisieren, widerspricht dem Gedanken unserer grundgesetzlichen Ordnung. Die CDU unterstreicht ausdrücklich, daß auch künftig die Spendenwerbung zu ihrer politischen Arbeit gehört. Wer politischen Parteien eine Spende macht, engagiert sich für die freiheitliche Demokratie. Wer für seine Partei Spenden sammelt, erfüllt eine staatspolitisch notwendige Aufgabe. Das hat nichts mit Bestechung und unlauteren Machenschaften zu tun. Einen solchen Anschein zu erwecken, gehört zum Ritual des Enthüllungsjournalismus.

3. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands hat in ihren Statuten sowie bei der Spendenwerbung und ihrer Abwicklung sichergestellt, daß keine Zuwendungen entgegengenommen werden, „die erkennbar in Erwartung eines bestimmten wirtschaftlichen oder politischen Vorteils gewährt werden“. (§ 3 Abs. 1 Satz 6 der Statuten der CDU.) Die Ergebnisse christlich-demokratischer Politik belegen, daß es eine solche Einflußnahme nicht gegeben hat. Unsere Politik ist dem Gesamtinteresse und nicht dem Einzelinteresse von Spendern verpflichtet. Jeder Empfänger einer Spende ist gehalten, diese Zuwendung seinem Kreisverband anzuzeigen und mit ihm abzurechnen. Es gibt keinen Anlaß anzunehmen, daß Funktions- und Mandatsträger der CDU dagegen verstoßen haben.

4. Spenden zu sammeln, ist eine Aufgabe aller Funktions- und Mandatsträger auf allen Ebenen unserer Partei. Das gilt auch für Abgeordnete, die Spenden für ihre Wahlkreise sammeln.

Die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts

In seinem Urteil vom 19. Juli 1966 hat das Bundesverfassungsgericht grundsätzlich die Spenden für politische Parteien bejaht und Kriterien für die Annahme von Spenden durch politische Parteien entwickelt. U.a. sagt das BVerfG:

„Eine völlige oder auch nur überwiegende Deckung des Geldbedarfs der Parteien aus öffentlichen Mitteln ist nach allgemeiner Ansicht mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren.“

„Die Verfassung hat den Parteien das Risiko des Fehlschlagens eigener Bemühungen um ihre Finanzierung nicht abgenommen. Die freiheitliche Demokratie nimmt prinzipiell die Risiken in Kauf, die darin liegen, daß die politische Willensbildung der Urteilstkraft und der Aktivität der Bürger anvertraut ist.“

„Das in Art. 21 Abs. 1 Satz 4 GG an die Parteien gerichtete Gebot, über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft zu legen, zeigt, daß das Grundgesetz den mit größeren privaten Spenden häufig erstrebten Einfluß auf die Parteien weder billigt noch verbietet, sondern als eine geläufige Form tatsächlicher politischer Interessenswahrnehmung mit der Maßgabe hin- nimmt, daß diese Spenden offenzulegen sind. Es entspricht nicht dem Sinn der Vorschrift, verfassungsrechtlich zwischen sachfremden und sachgerechten Finanzierungsquellen zu unterscheiden. Die Abgrenzung zwischen legitimer und die freie politische Willensbildung störender Einflußnahme der Spender ist verfassungsrechtlich nicht faßbar. Es liegt in der Verantwortung der Parteien, den sachwidri-

gen Einfluß finanzkräftiger Interessenten vom sachgerechten zu unterscheiden und dem auf sie eindringenden sachwidrigen Druck der Interessenten zu widerstehen.“

Diesen Kriterien entspricht die CDU. In ihrer Finanz- und Beitragsordnung hat sie festgelegt:

§ 3, Abs. 1, Nr. 6:

Die Partei ist berechtigt, Spenden anzunehmen. Ausgenommen hiervon sind: Spenden, die erkennbar in Erwartung eines bestimmten wirtschaftlichen oder politischen Vorteils gewährt werden.

§ 3 a (Spendenrichtlinien):

(1) Spenden und sonstige Zuwendungen an die Partei, auch über Amts- und Mandatsträger der Partei oder Wahlbewerber, dienen der Finanzierung der staatspolitischen Aufgaben der Partei. Spenden sind abzulehnen, wenn ersichtlich ist, daß der Spender persönliche Vorteile damit verfolgt.

(2) Alle Spenden sind unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen einzunehmen und öffentlich zu verzeichnen (§§ 24, 25 PartG).

(3) Spenden, die nicht unmittelbar dem Kreisverband, Bezirksverband, Landesverband oder der Bundespartei zugehen, sind unverzüglich dem Kreisverband, dem der Empfänger angehört, anzuzeigen und mit ihm abzurechnen. Spendenquittungen dürfen nur ausstellen der Kreisverband, Bezirksverband, Landesverband und die Bundespartei. Alle übrigen Empfänger von Spenden, einschließlich Vereinigungen, Gemeinde- und Ortsverbände sowie Amts- und Mandatsträger und Wahlbewerber, sind zur Ausstellung von Spendenbescheinigungen nicht berechtigt. Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden ist nur gewährleistet, wenn die Spendenquittungen von Kreisverband, Bezirksverband, Landesverband oder Bundespartei ausgestellt sind.

■ INFORMATION

Mehr Lehrstellen in der Landwirtschaft

Die Ausbildung in landwirtschaftlichen Berufen ist in den letzten Jahren wieder beliebter geworden. Wie Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) mitteilte, wurden 1984 rund 53 250 Jugendliche — und das sind 2,4 Prozent mehr als im Vorjahr — im Agrarbereich ausgebildet.

Post auch im Baubereich einer der größten Auftraggeber

„Die Deutsche Bundespost zählt auch im Baubereich zu den größten Auftraggebern der Bundesrepublik Deutschland. So sind im Haushaltsplan für 1985 für Bauausgaben auf dem Post- und Fernmeldesektor 2,1 Milliarden DM veranschlagt.“ Das sagte Minister Schwarz-Schilling beim Richtfest für das neue Postministerium in

(4) Als Spendenbescheinigung dürfen ausschließlich die von der Bundespartei ausgegebenen und durchnummerierten Vordrucke verwendet werden (Beitrags-Spenden-Bescheinigungs-Muster entsprechend Einkommensteuerrichtlinien). Sie sind zu unterschreiben vom Vorsitzenden, Schatzmeister, dessen Beauftragten oder dem Geschäftsführer. Die Gliederungen der Partei haben die Pflicht, die Durchschriften zu sammeln und entsprechend den steuerlichen Bestimmungen aufzubewahren. Auch unbrauchbar gewordene Spendenvordrucke sind zu sammeln und aufzubewahren. Die Landesverbände werden sich in Stichproben von der Ordnungsmäßigkeit der Spendenverwaltung mindestens einmal im Jahr im Rahmen der Prüfung der Rechenschaftsberichte der Gliederungen der Partei überzeugen.

Bonn. Das Gebäude soll im Mai 1987 fertiggestellt sein und bietet Raum für 1300 Arbeitsplätze. Die Kosten liegen bei 190 Millionen DM. Erforderlich wurde der Neubau, weil das jetzige Haus des Postministeriums in der Adenauerallee, das 1954 bezogen wurde, nur Platz für 550 Beschäftigte bietet und deshalb die Dienststellen des Ministeriums auf 17 Standorte in Bonn verteilt sind. ■

Gerstein: Zickzackkurs der SPD in Energiefragen

Einen energiepolitischen Zickzackkurs hat der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Energiepolitik der CDU, Ludwig Gerstein, der SPD vorgeworfen. Im Gegensatz zur Bundesregierung habe die SPD kein energiepolitisches Konzept.

Auf der einen Seite wollten die SPD-Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland absoluten Vorrang für die Kohle. Auf der anderen Seite werde in Hessen durch Vorschriften bei der Stromerzeugung, die die Kohle verdrängten, der Jahrhundertvertrag gefährdet. Die SPD-Bundestagsfraktion fordere Beschäftigungsprogramme in Milliardenhöhe, in Hessen würden dagegen Arbeitsplätze in der Stromwirtschaft und im Bergbau gefährdet. Das verträge sich nicht miteinander, meinte Gerstein. ■

Drogenmuseum

Im Bonner Regierungsviertel soll eine ständige Ausstellung zur Aufklärung über die Gefahren von Drogen und des Schmuggels mit Rauschgiften entstehen.

Mehr schadstoffarme Autos

Die Zahl der Neuanmeldung von schadstoffarmen Autos steigt allmählich an, wie aus einer Statistik des Kraftfahrtbundesamtes (KBA) in Flensburg hervorgeht.

■ BUNDESBANK

Kurs der CDU/CSU voll bestätigt

Der Monatsbericht August 1985 der Deutschen Bundesbank bestätigt die CDU/CSU in ihrem Kurs. Die stetige Verbesserung der Rahmenbedingungen hat Vertrauen in die Verlässlichkeit und Dauerhaftigkeit der Politik geschaffen.

Die Zahlen über Auftragseingang und Produktion lassen erwarten, daß das Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt 1985 wiederum wie schon 1984 rd. 2,5% betragen wird. Wir werden voraussichtlich Ende 1986 bereits vier Jahre stetigen Wachstums unserer Wirtschaft verzeichnen mit guten Aussichten für die fernere Zukunft. Dabei muß in Erinnerung gerufen werden, daß wir 1981 und 1982, also bevor diese Regierung ins Amt kam, eine schrumpfende Volkswirtschaft hatten, stellt Reinhold Kreile, finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest.

Außenwirtschaftlich gibt es keinen Grund zur Sorge, ganz im Gegenteil, die Zahlungsbilanzentwicklung ist hervorragend. Besonders hinzuweisen ist auf die Entwicklung beim langfristigen Kapitalverkehr mit hohen Zuflüssen ausländischen Kapitals in die Bundesrepublik in den letzten Monaten; auch dies ist ein Beweis für das Vertrauen in unsere Wirtschaft und die DM.

Die Preisentwicklung im Zusammenhang mit dem schrittweisen Rückzug des Dollarkurses läßt erwarten, daß wir wie schon im Vorjahr mit einem Anstieg der Lebenshaltungskosten von höchstens 2,5% rechnen müssen, womit wir dem Ziel der Preisstabilität recht nahe kommen. Die Ver-

Die Zinsen sinken

Zur Senkung der Leitzinsen durch die Deutsche Bundesbank erklärt der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Carstens: Die Senkung der Leitzinsen um 0,5 Prozentpunkte wurde möglich durch die seit 1982 konsequent durchgeführte Konsolidierungspolitik. Seit Mitte 1982 sanken damit die Leitzinsen von 7 v. H. auf 4 v. H. Mit der erheblichen Verringerung der öffentlichen Neuverschuldung wurde somit erreicht, daß die Finanzpolitik des Staates und die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank in ihrem gemeinsamen Bemühen um Stabilität und Vollbeschäftigung heute wieder an einem Strang ziehen können. Dies ist für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes von herausragender Bedeutung.

(Siehe auch Flugblatt „Zur Sache“ in dieser Ausgabe)

braucher, die Arbeitnehmer, werden den Wettlauf gegen die Inflation gewinnen. Die positiven Entwicklungen strahlen auch auf den Arbeitsmarkt aus. Die Bundesbank konstatiert hier eine leichte Besserung. ■

Weitere 1 200 Schutzbauten im Bonner U-Bahn-Schacht

Die Stadt Bonn hat über eine halbe Million DM für zwei dicke Stahltore bewilligt, die den U-Bahn-Schacht zwischen den Stationen „Auswärtiges Amt“ und „Museum Koenig“ abschließen können. Der dadurch gewonnene Zivilschutzraum bietet 1 200 Personen Schutz. Ähnliche Tore, die seitlich an den Wänden angebracht sind und durch Motoren bewegt werden können, sind bereits im U-Bahn-Schacht Hauptbahnhof vorhanden.

■ OFFENER BRIEF

Heiner Geißler an Frau Renger: Äußern Sie sich zur Sache!

Generalsekretär Heiner Geißler schrieb den nachfolgenden offenen Brief an die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und SPD-Abgeordnete Annemarie Renger:

Sehr geehrte Frau Renger,

ich schreibe Ihnen diesen offenen Brief auf Ihre Erklärung in der Frankfurter Rundschau, in der Sie mich in scharfer Form persönlich angegriffen haben, weil ich am Dienstag der vergangenen Woche eine Analyse und Bewertung der sozialdemokratischen Außenpolitik vorgenommen habe. Ich habe Verständnis dafür, daß Sie sich betroffen fühlen müssen, weil ich Sie als Zeugin gegen Ihre eigene Partei angeführt habe. Ich habe mich im nachhinein gefragt, ob ich Ihnen damit Unrecht getan habe. Nach sorgfältiger Überlegung und Prüfung der Fakten bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß dies nicht der Fall ist.

Wollen Sie wirklich behaupten, Sie billigen z. B. die Aussage von Oskar Lafontaine, dem Ministerpräsidenten des Saarlandes, die USA bereiteten sich darauf vor, einen begrenzten Nuklearkrieg führen und gewinnen zu können?

Billigen Sie wirklich die Aussage von Egon Bahr, die Bedrohung durch die Sowjetunion sei „reiner Blödsinn“?

Halten Sie es mit Ihrer Überzeugung für vereinbar, wenn der Spitzenkandidat der SPD in Niedersachsen, Gerhard Schröder, die Klagen über die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan als blanken Zynismus der Vereinigten Staaten und des Westens bezeichnet?

Sie werfen mir, indem ich diese Aussagen zu Protokoll bringe, vor, ich zerstörte vorhandene Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien. Verwechseln Sie hier nicht Ursache und Wirkung? Nicht die CDU, sondern die SPD ist dabei, den früher vorhandenen Konsens aller demokratischen Parteien in der Außenpolitik zu verlassen. Gemeinsamkeiten werden doch nicht durch diejenigen zerstört, die die Aussagen des politischen Gegners analysieren und bewerten, sondern durch diejenigen, die die gemeinsame Basis verlassen.

Wo blieb eigentlich Ihre Reaktion, als Oskar Lafontaine in Hambach erklärte, die Supermächte, also auch die Vereinigten Staaten, stolpterten von Verbrechen zu Verbrechen?

Halten Sie es für richtig, daß Ihr Parteivor-sitzender den Begriff „Verbündete“ inzwischen für die Sowjetunion verwendet und dadurch in einer fatalen Weise zur Begriffs- und Geistesverwirrung in seiner eigenen Partei und darüber hinaus bei denen beiträgt, die auf die SPD hören? Wollen Sie mir im Ernst das Recht absprechen zu kritisieren, wenn, wie geschehen, fünfzig Bundestagsabgeordnete und über neunzig Landtagsabgeordnete der SPD, im übrigen in Übereinstimmung mit dem Präsidiumsmitglied der SPD Wischnewski, den USA menschenrechtsverletzende Politik vorwerfen, die SPD jedoch seit Jahren die tatsächlich stattfindenden massiven Menschenrechtsverletzungen der Sowjetunion totschweigt?

Nicht ich will die Bevölkerung in zwei Lager spalten, wie Sie behaupten, sondern Sie versuchen, davon abzulenken, daß lh-

re eigene Partei in der Außenpolitik tief gespalten ist. Sie kennen die Sorge sozialdemokratischer Mitglieder wie Gesine Schwan, Karl Kaiser, Martin Kriele, Richard Löwenthal und anderer, deren Warnungen von Egon Bahr als Kolportage der CDU-Propaganda abgetan wurden.

Verzichten Sie auf persönliche Angriffe! Äußern Sie sich zur Sache, Frau Renger! Leisten Sie Ihren Beitrag zum notwendigen, innerparteilichen Klärungsprozeß über die Außenpolitik der SPD.

Ich bewerte Ihre Erklärung aber auch als ein Zeichen der Resignation angesichts der gewandelten Mehrheitsverhältnisse in der SPD.

Auch ich bin für Gemeinsamkeit in der Au-

ßenpolitik, aber sie ergibt sich nicht von selbst. Denn in der Demokratie entsteht Integration nicht durch die Unterdrückung von Gegensätzen, sondern durch das Austragen von Konflikten. Ich lehne daher ein politisches Biedermeier ab, dessen Harmoniebedürfnis seinen Ursprung im deutschen Obrigkeitsstaat hat. Der Streit um den richtigen politischen Weg ist unverzichtbarer Bestandteil der politischen Kultur einer Demokratie. Für viele in Ihrer Partei und manche in der Publizistik ist das, was ich gesagt habe, ein Ärgernis. Aber wahr bleibt: Es ist besser, es entsteht ein Ärgernis, als daß die Wahrheit unterdrückt wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Heiner Geißler MdB

Bund baut Kulturförderung aus

Die Bundesregierung will ihre Förderung von Kunst und Kultur weiter ausbauen. Nachdem die beim Etat des Innenministeriums angesiedelten Fördermittel in diesem Jahr um 6,4 Prozent auf 230 Millionen Mark erhöht wurden, sollen sie 1986 um weitere sechs Prozent steigen. Der Kulturhaushalt liege damit erheblich über der Steigerung für den gesamten Bundesetat, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär Horst Waffenschmidt (CDU) in einer Zwischenbilanz.

Dickster Brocken bei den Bauaufwendungen ist das in Berlin geplante Historische Museum für die Geschichte des deutschen Volkes, das etwa 250 Millionen Mark kosten und der früheren Reichshauptstadt von der Bundesregierung zur 750-Jahr-Feier geschenkt werden soll. Hinzu kommen das vom Bundeskabinett bereits beschlossene Haus der Geschichte der Bundesrepublik im Bonner Regierungsviertel und die in unmittelbarer Nachbarschaft geplante Kunst- und Ausstellungshalle des Bundes, beide jeweils

mit etwa 90 Millionen Mark veranschlagt. Die Deutsche Bibliothek in Frankfurt erhält für rund 200 Millionen Mark einen dringend benötigten Neubau. Wie Waffenschmidt mitteilte, sei der Architektenwettbewerb abgeschlossen, die Planungen seien angelaufen.

CDU Hessen gegen Zwangsförderstufe

Noch vor der Sommerpause hat der Landesvorstand der hessischen CDU beschlossen, die politischen Kräfte der Union in Hessen gegen die Zwangsförderstufe für alle zehn- bis zwölfjährigen Kinder zu mobilisieren. CDU-Generalsekretär Kanther kündigte in Wiesbaden an, die CDU werde die Schulelternbeiräte, die Elternverbände und die Lehrerorganisationen bei ihrem Widerstand gegen die Einführung dieser „unsinnigen Zwangsmaßnahme“ voll unterstützen. Kanther erklärte, die CDU-Landtagsfraktion werde als wichtigsten Schritt die Überprüfung des Gesetzes durch den Staatsgerichtshof beantragen.

■ CDU WESTFALEN-LIPPE

Ein klares Ja zum gemeinsamen Landesverband NRW

Mit überwältigender Mehrheit hat sich die CDU Westfalen-Lippe auf ihrem 42. Landesparteitag in der alten westfälischen Bischofsstadt Paderborn für die Bildung eines einheitlichen CDU-Landesverbandes in NRW ausgesprochen. Damit hat die Partei den ersten Schritt zur organisatorischen Neuordnung getan, die am Tage nach der schweren Wahlniederlage auf einer Pressekonferenz im Bonner Konrad-Adenauer-Haus vom Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, im Beisein von Kurt Biedenkopf und Bernhard Worms angekündigt worden war.

Nur 16 Delegierte stimmten gegen die Fusion, einer enthielt sich der Stimme. Als nächster ist der rheinische Landesverband am Zuge, der sich im Oktober entscheiden will. Als Beobachter waren aus dem Rheinland u. a. der Landesvorsitzende Bernhard Worms, die Landtagsabgeordneten Klose, Evertz und Hardt sowie der Krefelder Oberbürgermeister Pützhofer angereist.

In dem von der CDU Westfalen-Lippe verabschiedeten Fusionsantrag heißt es u. a.:

■ Der Landesverband Westfalen-Lippe der Christlich Demokratischen Union Deutschlands will sich mit dem Landesverband Rheinland zu einem Landesverband Nordrhein-Westfalen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zusammenschließen.

■ Der Landesvorstand wird beauftragt, an den nächsten ordentlichen Bundesparteitag der CDU den Antrag zu richten, die

in § 16 Absatz (1), Satz 2 des Statuts der CDU für Nordrhein-Westfalen getroffene Sonderregelung „In Nordrhein-Westfalen besteht die CDU aus dem Landesverband Rheinland und dem Landesverband Westfalen-Lippe“ **aufzuheben** und damit den Landesverband Nordrhein-Westfalen zu konstituieren.

Kurt Biedenkopf begründete die Notwendigkeit zur Fusion damit, daß man nach außen wie nach innen „Einheit in der Vielfalt“ demonstrieren müsse. Der westfälische Landesvorsitzende erzielte bei seiner anstehenden Wiederwahl das beste Ergebnis seiner bisherigen Kandidaturen. Er wurde mit 382 von 420 abgegebenen Stimmen (91,4 %) bei 30 Gegenstimmen und sechs Enthaltungen in seinem Amt bestätigt. Er rief die Partei auf, die bei der letzten Landtagswahl im Gegensatz zur Bundestagswahl verlorengegangenen 1,7 Millionen Wählerstimmen zurückzugewinnen. Wenn der CDU dies nicht gelinge, „werde der nächste Bundeskanzler nicht Helmut Kohl heißen“, argumentierte Biedenkopf. Das Schicksal der unionsgeführten Bundesregierung werde in NRW entschieden. Ähnlich sah es Generalsekretär Heiner Geißler, der im Namen der Bundespartei den Fusionsbeschluß ausdrücklich begrüßte und die Delegierten aufrief, alle Kräfte auf die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner (SPD) zu richten. „Die nächste Bundestagswahl wird eine Durchsetzungswahl“, rief Geißler den Delegierten zu. Der Generalsekretär erneuerte seine Vorwürfe, die SPD betreibe eine gezielte Sozialdemagogie und huldige einem ausgesprochenen Antiamerikanis-

mus. Befürchtungen, der angestrebte Landesverband (Elefanten-Hochzeit) könne mit ca. 10 Prozent der Delegierten die innerparteiliche Balance der CDU gefährden, wies der Generalsekretär als unbegründet zurück.

Wenn die CDU des Rheinlandes der Fusion zustimmt — und daran ließ der amtierende Landesvorsitzende Bernhard Worms keinen Zweifel —, dann sieht der weitere Fahrplan vor, daß im März nächsten Jahres der erste gemeinsame Landesparteitag stattfinden soll, auf dem auch bereits schon ein Vorstand gewählt werden soll.

Bemerkenswert noch ein Antrag, den Staatsminister Friedrich Vogel einbrachte und der mit Mehrheit verabschiedet wurde, wonach unterhalb des neuen Landesverbandes folgende Organisationsstufen einzurichten sind:

■ **Landespartei, Bezirksverbände, Kreisverbände, Gemeinde- bzw. Stadtbezirksverbände, die in Ortsverbände gegliedert sein sollen. Außerdem soll in der Satzung ein alle Ruhrgebiets-Kreisverbände umfassender Bezirk fest verankert werden.**

Während der Landesverband Westfalen-Lippe schon immer Bezirksverbände als Untergliederungen kannte, gibt es derartige Bezirksverbände im Rheinland nicht. Hier sind die Vereinigungen neben den Kreisverbänden die tragenden Säulen.

Dazu schreibt die Presse:

Die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die geplante Fusion der beiden nordrhein-westfälischen CDU-Landesverbände war beim Parteitag in Paderborn kein Problem. Damit haben die westfälisch-lippischen Christdemokraten unter ihrem alten und neuen Chef Kurt Biedenkopf die Rheinländer in Zugzwang gebracht. Sie müssen nun am 17. Oktober in Düsseldorf ähnlich überzeugend für den Zusammenschluß votieren.

Im kommenden Frühjahr soll dann ein erster gemeinsamer Parteitag den für die CDU-Annalen historischen Zusammenschluß endgültig absegnen und eine neue Führung wählen. Die Zeit drängt also. Es müssen noch wichtige und für die gesamte Union bedeutende Fragen geklärt werden. Schon haben Kenner ausgerechnet, daß die Nordrhein-Westfalen auf künftigen Bundesparteitagen einen Stimmenblock von rund 40 Prozent einsetzen können.

Bonner General-Anzeiger, 19. August 1985

Mit einer in der Geschichte der Union seltenen Geschlossenheit haben die Delegierten der CDU Westfalen-Lippe am Wochenende wohl endgültig die Weichen zur Fusion der Union an Rhein und Ruhr gestellt und zugleich ihren lange Zeit umstrittenen Spitzenmann zur neuen und strahlenden Schlüsselfigur der Partei nicht nur in Nordrhein-Westfalen befördert.

Rheinische Post, 19. August 1985

Das sehen auch die Rheinländer so. Nach der derzeitigen Diskussionslage ist die Grundstimmung durchaus für eine Fusion. Der rheinische Landeschef Bernhard Worms hat vor und nach der Abstimmung nochmals verstärkt seine grundsätzliche Bereitschaft zu der Fusion betont.

Das bedeutet jedoch nicht, daß die Verhandlungen der beiden Parteiverbände über eine gemeinsame Satzung nicht äußerst schwierig werden. Die Reizworte der Diskussion heißen: Vereinigungen und Bezirke. In Westfalen gibt es vier Bezirke. Das Rheinland kennt diese Organisationsform bisher nicht. Im Rheinland werden die Bezirke deshalb gefürchtet, weil es wahrscheinlich ist, daß die bisher mächtigen Vereinigungen — allen voran die Sozialausschüsse — ihren Einfluß verlieren, wenn es neben ihnen auch Bezirke gibt.

Kölnische Rundschau, 19. August 1985

Ob die Fusion dabei hilft oder hindert? Eine Garantie für den Erfolg ist sie jedenfalls nicht. Dem Wähler ist es letztlich gleichgültig, wie viele Landesverbände die Union hat. Er will, daß die Parteien sich seiner Probleme annehmen.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 19. August 1985

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Plakatausstellung „40 Jahre CDU“

Die ideale Ausstellungsform für jeden Verband

Die Plakatausstellung zum Jubiläumsjahr der Partei ist ein großer Erfolg. Wo auch immer die Ausstellungen vor Ort aufgebaut werden, stoßen sie auf große Resonanz. Information in Bild und Wort macht die 40jährige Geschichte unserer großen Volkspartei für jeden transparent und regt vor allem zu zahlreichen Gesprächen am Rande der Ausstellung an.



Treffpunkt in Stadt und Land — die mobile Plakatausstellung „40 Jahre CDU“. Zahlreiche Orts- und Kreisverbände haben die Ausstellung bereits erworben. (Foto zeigt einen Ausschnitt der Ausstellung)

Warum eigentlich „mobile“ Ausstellung?

Mobil vor allem deshalb, weil die Ausstellung problemlos auf- und abgebaut werden kann und durch ihre solide Herstellungsart und handliche Verpackung (Transportkisten) mehrfach einsetzbar ist.

Wo können Sie die „mobile Ausstellung“ einsetzen?

Nicht nur bei den zahlreichen Jubiläumsfeiern der CDU im Lande bildet die „mobile Ausstellung“ den repräsentativ-informativen Rahmen. Denken Sie einmal an die vielfältigen Möglichkeiten in Rathausfoyers, Kulturförm, Altersheimen, am Rande von Kreisparteitagen oder z. B. in Schu-

len; die Ausstellung, von Ihnen durchgeführt, wird viele Besucher anziehen und Ihnen die Möglichkeit geben, über die aktuelle Politik der CDU zu informieren. Natürlich kann man durch zusätzlichen Einsatz von Canvassing-Ständen oder mit publikumswirksamen Aktionen im Umfeld, wie z. B. Life-Musik, Frühschoppen, Bürgerfest, Politiker-Talkshow oder Flohmarkt, die Ausstellung zusätzlich aufwerten.

Und so sieht das Ausstellungspaket aus



„Mobile Plakatausstellung“

- 30 Stellwände 70 cm × 180 cm
(mit stabiler Steckverbindung,
verschleißarm)
mit
40 politischen Plakaten DIN A1
sowie
12 Textinformationen
(fertig auf Stellwände aufgezo-
gen; sofort einsatzbereit)
- Sichere Lieferung in drei soliden
Holzboxen frei Haus
- Komplettpreis 750,— DM und
MwSt.
- Bestellung schriftlich über die
CDU-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE,
Abt. ÖA, Konrad-Adenauer-Haus,
5300 Bonn 1

Plakate zum Mitnehmen: Zwei Plakatsets

Auf der Suche nach Wahlplakaten vergan-
gener Wahlkämpfe sind zahlreiche Plakat-
liebhaber oftmals vergeblich unterwegs.
Aber auch als Erinnerung an die Ausstel-
lung werden sicherlich zahlreiche Besu-
cher fragen, wie an Wahlplakate heranzu-
kommen ist. Die CDU-Bundesgeschäfts-
stelle hat daher zwei Plakatsets aufgelegt,
die jeweils zehn Plakate in Rollen enthal-
ten. Plakatset 1 enthält zehn politische
Plakate, Plakatset 2 zehn Poster-Plakate.
Die Bestellung erfolgt über das IS-Ver-
sandzentrum, Postfach 1328, 4804 Vers-
mold, unter den Bestell-Nrn. 9672 und
9673. Ein Set kostet 20,— DM. Übrigens:
Die Plakatsets sind auch Geschenke für
Parteifreunde zu feierlichen Anlässen.



Die Plakatausstellung — ein Forum für den politischen Meinungsaustausch

Rahmenmaterialien für Ihre Aktionen

Das Rahmenplakat DIN A1 „40 Jahre CDU“ ist unter der Bestell-Nr. 8681 ebenfalls beim IS-Versandzentrum zu beziehen. Mindestabnahme sind 50 Stück; hierfür beträgt der Preis 68,— DM. Von der Wandzeitung „40 Jahre CDU“ ist noch eine begrenzte Stückzahl auf Lager. Bei Bedarf wenden Sie sich bitte direkt an die CDU-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.

Derzeit in Vorbereitung:

Magazin „40 Jahre CDU“
Video „40 Jahre CDU“

Die nächsten Termine:

13. 8.— 8. 9. 1985
BOCHUM, Dr.-Ruer-Platz 10.00—18.30 Uhr
18. 9.—23. 9. 1985
HANNOVER, Platz an der Marktkirche 10.00—19.00 Uhr

28. 9.— 6. 10. 1985
HAMBURG, Rathausmarkt 10.00—19.00 Uhr
Weitere Termine werden rechtzeitig bekanntgegeben.



Zelt in Berlin

Plakat-
Zeltausstellung



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

Zur Sache:

Die Zinsen sinken

Wer jetzt ein Auto oder neue Möbel kaufen will, wer vorhat, zu bauen, wer investieren will, kann sich freuen: Geld wird immer billiger. Die Bundesbank hat die Leitzinsen gesenkt. Auf den niedrigsten Stand seit 1981! Viele Banken ziehen nach. Möglich wurde dies durch die erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Helmut Kohl:

- Die Wirtschaft wächst kräftig.
- Die Preise sind stabil wie zu Ludwig Erhards Zeiten.
- Die Neuverschuldung wurde drastisch gesenkt.

Der Monatsbericht August '85 der Deutschen Bundesbank bestätigt die CDU in ihrem Kurs. Der Bericht zeigt zusammen mit anderen Veröffentlichungen der letzten Monate, daß unsere Politik erfolgreich ist und die Verbraucher, die Rentner, die Arbeitnehmer dies zunehmend spüren.

Die Zinssenkung entlastet die Wirtschaft um rund 3 Milliarden DM. Damit erhält die Konjunktur neuen Rückenwind, der Aufschwung geht weiter. Investitionen, die heute durch billigeres Geld erleichtert werden, schaffen neue Arbeitsplätze.

**Sinkende Zinsen, stabile Preise,
kräftiges Wirtschaftswachstum:
Das sind Erfolge der Regierung Helmut Kohl.
Wir sind auf dem richtigen Weg.**

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

Herzoglauer CDU-Bundesgeschäftsstelle
Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, Nr. 188

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 #. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

U+D